

Verlagsstelle
in allen Postanstalten
1 M., bei täglicher Zu-
stellung in Bielefeld
1,20 M., durch Brief-
träger 1,42 M.

Postzeitungsstelle
Nr. 5381.

Neue Westfälische Volks- und Bielefeld Zeitung

Dienstag, 17. Juli 1906.

Anzeigengebühren
für dreizehnpächtige Be-
teile oder deren Raum
12 Pf., für auswärts
15 Pf., Reklamen 40 Pf.

Erscheint
sechsmal wöchentlich
Geschäftsstelle
Nitterstr. 43.
Telephon Nr. 15.

Historischer Kalender.

17. Juli: Sieg der Araber unter
Tarik bei Jerez de la Frontera, Untergang des
westgotischen Reichs, 711. — Peter III., Kaiser
von Rußland, wird ermordet, 1762. — Char-
lotti Corday, guillotiniert, 1793. — Sieg
der Russen unter Suworow an der Trebia
in Italien über die Franzosen, 1799. — Die
Preußen rücken in Ungarn ein, 1866.

Ueber die äthiopische Frage.

eine Frage von ganz außerordentlicher Be-
deutung, bringt die „Neue Westfälische“
einen Artikel, der zwar, wie uns scheint,
einige Urteile enthält, die nicht ohne weiteres
als zutreffend hingenommen werden können,
aber doch im ganzen ein solches Interesse in
Anspruch nimmt, daß wir ihn unsern Lesern
unbedingt mitteilen. Er lautet:

Die jetzt in schneller Folge einlaufenden
Nachrichten aus dem Südafrika weisen sämt-
lich darauf hin, daß England im Süden
Afrikas erste Verwicklungen zu befürchten
hat. Man ist sich in London der Situation
durchaus bewußt und gesteht offen ein, daß
das Eingeborenensystem in Südafrika eine
der schwierigsten Fragen der gesamten aus-
wärtigen Politik darstellt. Die augenblick-
lichen Unruhen im Südafrika haben zwar
ihre Ursachen in der Einführung einer Kopf-
steuer sowie in der Ausbeutung der Schwarzen
durch die Goldminen der Union-Jubilee.
Auch hat die Chineseneinfuhr die Kassen
aufgeregt und zu Gewalttaten veranlaßt.
Aber alle diese Ursachen sind, wie gesagt,
nur die äußeren Ursachen der Störung. Die
Hauptursachen der augenblicklichen gleich einer
gewaltigen Flutwelle Afrika durchziehenden
Bewegung sind geistiger Natur. Diese Be-
wegung läßt sich zusammenfassen in das eine
Wort „Äthiopismus“.

Die Bewegung ist nicht neueren Datums.
Aber während sie bisher lediglich auf die
kirchliche Selbständigkeit der Eingeborenen
hingelegt und von eifrigen fanatischen Predigern
geführt wurde, die ganz Südafrika durch-
zogen und zum Abfalle von den bisherigen
Missionaren unter der Forderung milderer
Sitten, besserer Lebensverhältnisse und unter
Appell an das Rassegefühl aufriefen, ist
sie seit dem südafrikanischen Kriege politisch
geworden. Und wenn man heute von
„Äthiopismus“ in Südafrika spricht, so
meint man nicht mehr die äthiopische Kirche,
sondern das Freiheits- und Fortschritts-
bewußtsein der Farbigen, daß sich zusammen-
fassen läßt in die Forderung „Afrika den
Afrikanern!“ und in deren Dienst, von den
Missionären abgesehen, ein halbes Dutzend
teils englisch, teils afrikanisch, teils mehr-
sprachig geschriebener Blätter steht. Welche
Sprache diese Presse spricht, geht aus ver-
schiedenen Artikeln hervor, in denen offene
Gleichheit des farbigen Mannes mit dem
weißen Manne gefordert wird. So schrieb
vor einiger Zeit die äthiopische „Voice of
Missions“: „Wie die Briten die Buren
besiegt haben, wird auch die Zeit kommen,
wo die Farbigen den weißen Mann in die
See treiben und die Briten nach der Themse
zurückgejagt werden.“

Man hat über den Äthiopismus viel
gesprochen und ihn wegen seiner utopischen
Ziele als Hirngespinnst faulenzender Rassen
hingestellt. Das trifft indessen nicht den
Kern der Sache. In seinem Werke „Die
Transvaalpolitik“ kommt Heinrich E. Nebel,
der sich durch jahrelange persönliche Beobach-
tungen gründliche Kenntnisse über Südafrika
und besonders auch die politischen, wirtschaft-
lichen und ethnographischen Verhältnisse er-
worben hat, auch auf die wichtige äthiopische
Frage zu sprechen, der er eine große Be-
deutung geschenkt wissen möchte.

Der Äthiopismus kann zunächst über-
haupt nicht die Bedeutung einer autochthonen
Lehre für sich in Anspruch nehmen, er ist
nicht in den Köpfen der Bantustämme, nicht
in denen ihrer nördlichen Nachbarn aus-

geht worden, er wurde vielmehr in das
Land hineingebracht von amerikanischen
Niggern, von jenen schlecht gefärbten Yankee,
die einerseits ja auf einem unvergleichlich
höheren Niveau stehen als die afrikanischen
Eingeborenen, andererseits sich aber doch nur
eine äußerliche Routine der Zivilisation an-
geeignet haben, weil es ihnen nie darauf
ankam, in das Wesen dieser Kultur einzu-
dringen, sondern weil sie es nur darauf
abgesehen hatten, ihre weißen Vorgesetzten mit
eigenen Mitteln zu schlagen, die sie als rein
technisch empfanden. Diese amerikanischen
Nigger haben schon vor dem südafrikanischen
Kriege die Forderung der Gleichheit des farbigen
Mannes mit dem weißen Manne in Südafrika
eine großartige Agitation entfaltet. Sie
hatten aber zunächst nur wenige Erfolge auf-
zuweisen, der Boden mußte erst geebnet
werden für die neue Weisheit, die sie den
farbigen Stämmen Südafrikas brachte. Denn
diese standen unter dem Burenregime viel
zu sehr unter der Furcht des Herren, um
für revolutionäre Ideen empfänglich zu sein.
Erst die Verwirrung, die die englischen Er-
oberer durch die Art, wie sie den Ein-
geborenen verführten, in den schwarzen
Köpfen angezündet haben, konnte die Saat
des Äthiopismus so üppig emporsteigen
lassen, viel üppiger, als man im allgemeinen
heute in Europa weiß.

In England allerdings beginnt man sich
allmählich klar zu werden, was es für das
Volk, das Afrika vom Kap zum Nil unter
dem Union-Jack sehen möchte, zu bedeuten
hätte, sollte es wirklich zu einer Organi-
sation des farbigen Elementes kommen, das
in kolossaler numerischer Uebermacht dem
Weissen auf dem höchst erodierten Boden
gegenübersteht. Bisher hielt man sich oben
genau, daß die Ära der Rassenkriege ein
für allemal vorüber, daß die Kultur in
Südafrika viel zu weit fortgeschritten sei,
um so schweren Rückschlägen überhaupt noch
ausgesetzt zu sein. Aber wenn man auch
mit Recht erklärte, daß beispielsweise die
Zustände im Hererolande mit denen in den
britisch-südafrikanischen Territorien nicht
ohne weiteres verglichen werden dürfen, so
gibt es doch im britischen Südafrika noch
weite Gebiete, in denen sich ähnliche Auf-
stände bilden können. Wenn da nach
allen Seiten die Funken fliegen, dann kann
man, sofern es den Agitatoren des Äthio-
pismus nur einigermaßen gelungen ist,
das Solidariätsgefühl der Bantustämme zu
wecken, nicht wissen, ob nicht ein viel
größerer Brand im britischen Südafrika ent-
stehen noch viel größere Opfer zu seiner Ver-
schwörung fordern wird, als es jetzt der Ausfall
im deutschen Gebiet tut.

Mit der Niederwerfung der Buren ist als
herrschender Faktor eine Rasse ausgeschaltet,
die einst den Farbigen das Land entriß,
sie in einem Meer von Blut und Grauen
besetzt hatte. Die südafrikanischen Republiken
sind sozusagen in die dritte Hand über-
gegangen, und die Nachbarn dürfen nicht
nur mit dem unmittelbaren traditionellen
Respekt nicht mehr rechnen, den die Farbigen
den Buren entgegenbrachten, sondern haben
sich auch durch ihre Gleichheitsdoktrin der
Mittel entschlagen, durch die sich eine neue
Autorität hätte gründen lassen.

Wer vor dem Kriege von den englischen
Kolonten in Südafrika nach den Buren-
republikanern kam, der war der Bewunderung
voll, wie hier die Schwarzen, durch deren
freie Zudringlichkeit, durch deren Selbst-
überhebung und Zuchtlosigkeit man in der
Kapkolonie und in Natal belästigt worden
war, sich einer strengen Disziplin fügten.
Die Engländer haben zu Unrecht behauptet,
daß die Buren durch eine unmensliche
Brutalität gewissermaßen die Ruhe des
Kirchhofes bei den eingeborenen Stämmen
geschaffen hätten, auf die sie angewiesen
waren. Wer genauer beobachtete, der konnte
im Gegenteil finden, daß der Kaffer viel

größere Anhänglichkeit zu seinem Burenboas
als zu dem Engländer zeigte, obgleich der
eine von ihm strenges Disziplinieren ver-
langte, der andere sich mit ihm innig abgab
und durchaus darauf bestand, ihn auf sein
Niveau emporzuheben. Dies ist natürlich
den Engländern ebenso wenig gegnig, wie
es irgend einem anderen weißen Volke in
Südafrika oder überhaupt einer weißen Rasse
irgend einem farbigen Stamme gegenüber
gelingen könnte. Zweitens ist es möglich,
den Farbigen zu bilden, aber dazu bedarf
es der Zeit, vieler Zeit, dazu bedarf es der
Führung, der vorsichtigen, konsequenten, ter-
gerechten und zielbewußten Führung, und
die konnte sich wohl ein Stamm angeeignet
sein lassen, der an dem Boden hing, in ihm
die Wurzel seiner Kraft suchen wollte, aber
nicht das Abenteuerlustmisch der anglo-
afrikanischen „Hafenstädte und Industrie-
zentren, das einerseits in leichtsinniger Un-
bedachtsamkeit den Farbigen zu seinem Amu-
sement heranzog, andererseits ihn über Nacht
zum zivilisierten Menschen machen wollte.

Die Verhättnisse der Eingeborenen
Südafrikas hat, wie wir gesehen haben,
der äthiopische Bewegung gewaltigen Vor-
schub geleistet. Ebenso falsch wie die Ver-
hättnisse ist aber auch die vielfach in
englischen Blättern beschriebene Anwendung
zu scharfer Zuchtmittel. Eine Gewalt und
brutale Politik gegenüber den Eingeborenen,
scharfe Behandlung und Rechtsentziehung
würde der Bewegung nur Wasser auf die
Mühle liefern. Sie würde auch die zahl-
reichen verständigen Schwarzen, die selbst
erklären, daß sie noch nicht zur Selbst-
ständigkeit reif seien, den Führern in die
Arme treiben.

Soll die äthiopische Bewegung einer fried-
lichen Bewegung entgegengeführt werden, so
ist das einzige Mittel weise Mäßigung, ge-
rechte und humane Behandlung der Ein-
geborenen. Auch für unsere Regierung
ergibt sich aus diesen Ausführungen einer-
seits die Pflicht, nach beendetem Kriege-
zustande in Südafrika sofort auf die
Agitation acht zu geben, die von fanatischen
Emisaren vom Kaplande aus unter dem
Diktand der Religion in unser Gebiet
hineinzugetragen versucht wird, andererseits
aber auch dafür Sorge zu tragen, daß lang-
same Erziehung zur Arbeit und gerechte,
wohlwollende, wenn auch energische Be-
handlung der Ausbreitung der äthiopischen
Bewegung den Boden entziehen.

Die gesamte weiße Bevölkerung Süd-
afrikas hat die fürchterliche Gefahr verstanden
und ist entschlossen, ihre Interessen gemeinsam
zu verteidigen. In der Tat würde ein
allgemeiner Aufstand der Eingeborenen in
Südafrika eines der grauenvollsten Blätter
füllen, die die Weltgeschichte je geschrieben
hat. Er würde nicht nur über die Weißen
unabhängiges Leid bringen, sondern auch die
Farbigen in das tiefste Elend hinabstürzen
und alle durch die mühsame Arbeit eines
Jahrhunderts erzielten Erfolge vernichten.

Politische Nachrichten.

Aus dem Deutschen Reich.

Berlin, 16. Juli.

Von der Nordlandreise des
Kaisers wird gemeldet: Sonnabendvor-
mittag wurde der gleichzeitige Lyngen-
fjord besucht und vor Karlsfjord geankert.
Der Kaiser unternahm an Land einen
Spaziergang. Gegen 11 Uhr nachts ging
die „Hamburg“ in See, um die Witter-
nachtsstunde zu sehen. Diese zeigte sich in
seiner schönsten Pracht. Im weiteren Ver-
laufe der Nacht wurde Tromfö passiert.
Die Fahrt um die Lofoten herum nach
Digermulen wurde fortgesetzt, hier traf
die „Hamburg“ am Montag morgen bei
regnerischem Wetter ein. An Bord alles
wohl.

Nach beendeter Nordlandreise wird auch
der Kaiser einige Zeit im Wilhelmshöher
Schloß residieren und bei dieser Gelegenheit
der Kolonialschule Wilhelmshof in Wigen-
hausen einen Besuch abstatten.

Der diesjährige Sommerbesuch der Kai-
serin auf der Gutsherrschaft Gahlinen
ist vorläufig aufgeschoben worden; er wird
voraussichtlich erst im Herbst gelegentlich
des Jagdbesuches des Kaisers in Rominten
stattfinden.

In amtlichen Teile des „Reichs und
Staatsanz.“ wird folgende Dankagung
des Kronprinzen und der Kron-
prinzessin veröffentlicht:

Aus Anlaß der Geburt unseres Sohnes
ist der Kronprinzessin, meiner Gemahlin,
und mir aus allen Gauen des deutschen
Vaterlandes und aus allen Reichen der
Bevölkerung eine Fülle von Glückwünschen
zugegangen, die unsere Herzen mit Dank-
barkeit für Gottes Gnade, sowie mit Freude
und Stolz über die allgemeine Teilnahme
an unserem Glück erfüllen. Wir sprechen
allen denen, die so freundlich unserer gedacht
haben, von ganzem Herzen unseren auf-
richtigen Dank aus.

Potsdam, den 13. Juli 1906.

Wilhelm,

Kronprinz des Deutschen

Reiches und von Preußen.

Cecilie,

Kronprinzessin des Deutschen

Reiches und von Preußen.

Prinz Heinrich von Preußen befindet
sich zur Zeit mit seiner Gemahlin in Jgis
bei Innsbruck. Wie verlautet, wird die
prinzipale Familie demnächst zu längerem
Sommeraufenthalt nach St. Moritz über-
ziehen.

Ueber den Studiengang des
vierten Sohnes des Kaiserpaars, des
Prinzen August Wilhelm, wird dem
„Hann. C.“ mitgeteilt: Es ist zunächst für
den Prinzen ein Studienaufenthalt von drei
Semestern in Bonn in Aussicht genommen,
dem sich weitere Studienjahre in Straßburg
oder München anschließen werden. Auch
eine Studienfahrt nach den Vereinigten
Staaten von Amerika soll voraussichtlich in
den 1. und 2. Bildungsjahren des Prinzen
ausgenommen werden. Für das Studium
kommen in erster Linie Staatswissenschaften
in Betracht, für die der Prinz reges In-
teresse zeigt. An Stelle des bisherigen
militärischen Begleiters, Majors von Rö-
dern, tritt als Zivilbegleiter des Prinzen
der Privatdozent Dr. Alexander Graf zu
Dohna, der dem Lehrkörper und der ju-
ristischen Fakultät der Universität Halle
angehört.

Da die Ausführungen des Schulunter-
haltungsgesetzes mit seinen zum Teil sehr
eingreifenden Bestimmungen ausgedehnte
Vorbereitungen erfordert, ist das Inkraft-
treten des Gesetzes bis zum 1. April
1908 hinausgeschoben worden.

Der Abgeordnete v. Kardorff in
Wabnitz bei Dels feiert heute mit seiner
Gemahlin das Fest der goldenen Hochzeit.
v. Kardorff ist 79 Jahre alt und konnte
bekanntlich in diesen Tagen auf eine 40-
jährige Tätigkeit als Parlamentarier zurück-
blicken.

Den 300jährigen Geburtstag
Rembrandts beging die Akademie
der Künste zu Berlin in einer eindruck-
vollen öffentlichen Festigung, die im Konzer-
saal der Musikhochschule unter Teilnahme
von Vertretern der Kunst und Wissenschaft
stattfand.

Die Öffnung des kostbaren Schreins in
Nachen, worin sich die Gebeine Karl
des Großen seit dem 13. Jahrhundert
befanden, erfolgt, wie es heißt, auf Befehl
des Kaisers zum Zweck des Studiums der
kostbaren Purpurgewänder, mit denen die
Gebeine des Kaisers umhüllt sind.

Der Berliner Polizeipräsident hat eine dringende Warnung vor der Auswanderung nach Argentinien und Chile erlassen. Es steht zu befürchten, daß diejenigen, die sich verleiten lassen, als Kossaken dorthin überzusiedeln einer traurigen Zukunft entgegengehen.

Kaiserliche. 16. Juli. Dem Vornehmen nach soll anlässlich des Jubiläums des Großherzogs eine Amnestie in größerem Umfange vorbereitet werden.

Kiel. 16. Juli. Die aktive Schlachtschiffe ist heute vormittag zu ihrer diesjährigen Übungsreise, die in die nordwestlichen Gewässer führt, aufgefahren. Das zweite Geschwader fährt um Stagen herum, während das erste Geschwader und das Gros der Aufklärungsflotte, sowie die Schul- und Torpedoschiffe den Kaiser Wilhelms Kanal passieren.

Aus dem Auslande.

Budapest. 16. Juli. Ministerpräsident Wierke brachte heute im Reichstage eine Vorlage ein, wonach das Budgetprovisorium bis Ende August verlängert wird, da das Budget, trotz beschleunigter Verhandlung, möglicherweise nicht bis zum 1. August alle Stadien der verfassungsmäßigen Erledigung passiere.

Paris. 16. Juli. Im heutigen Ministerrat machte Kriegsminister Etienne davon Mitteilung, daß Major Dreyfus dem 12. Artillerieregiment in Vincennes zugeteilt worden sei, und daß Brigadegeneral Picquart unverzüglich ein Kommando im Bezirk des Pariser Militärgouvernements erhalten werde. Der nächste Ministerrat wird in Rambouillet stattfinden, wohin sich Präsident Fallières diese Woche begeben wird.

London. 16. Juli. Ein im Parlament verteiltes Weißbuch behandelt den türkisch-ägyptischen Grenzstreit. In der Depesche vom 14. Juni schildert der englische Botschafter in Konstantinopel, wie ihn die Vertreter Frankreichs, Russlands, Italiens, Deutschlands und Österreich-Ungarns im Vorgehen gegen die Pforte in jeder Weise unterstützt hätten.

Russland. Der Möder des Generals Roslow, ein junger Mann von 26 Jahren, erklärte bei seiner Verhaftung, er habe geglaubt, Trepow vor sich zu sehen. Bei seiner Vernehmung gestand er, daß er der sozialistisch-revolutionären Partei angehöre. Man hat bei ihm eine Photographie Trepows gefunden. Sein Name ist bisher noch nicht festgestellt. General Roslow soll sich wenig um Politik bekümmert haben. Nach einer über Wien kommenden Meldung ist die Aussicht auf Bildung eines Dumaministeriums sehr gesunken. Für die in London stattfindende Friedenskonferenz wählte die Duma vier Abgeordnete der konstitutionellen Demokraten und das bekannte Mitglied der Arbeiterpartei Labjinn. Die Regierung hat die Zeitung 'Rossija' zu ihrem offiziellen Organ gemacht. In Moskau nahm eine Rosakenderversammlung der Garnison eine Resolution an, in der die Rosaken für die Forderungen des Volkes eintreten und unverzügliche Dekretierung sämtlicher bürgerlichen Freiheiten, Einberufung einer konstituierenden Versammlung usw. fordern. Beide Resolutionen wurden den linken Parteien der Reichsduma übermittelt. Unter den Mannschaften der Moskauer Artillerie herrscht Gärung. In Saku verbreiten die Anarchisten Proklamationen, welche die Arbeiter auffordern, die Sprache der Bomben und Kugeln zu reden.

Sie tragen die Unterschrift „Das rote Hundert“. Die Stadt ist völlig terrorisiert. Die Polizei versagt den Dienst und verlangt die Beihilfe von Militärpatrouillen.

London. 16. Juli. Im Unterhaus erklärte Unterstaatssekretär Runciman: Die Regierung bedauert sehr, daß der Besuch in Russland infolge Wunsches der russischen Regierung verschoben werden muß, um so mehr, als sich Schwierigkeiten ergeben würden hinsichtlich der Umgestaltung des Planes für den übrigen Teil der Kreuzfahrt. Aus letzterem Grunde ist beschlossen worden, die geplante Kreuzfahrt nach der Ostsee ganz aufzugeben, auch die Besuche in den anderen Häfen.

Washington. 16. Juli. Nach einer Niederlage der Guatemaler am Sonnabend haben die Republikaner Salvador und Guatemala die Vermittlung der Vereinigten Staaten zur Begleichung ihrer Streitfragen angenommen. Die Guatemaler verloren in dem Gefecht 2000 Mann.

Parteiabewegung.

(Zur Reichstagswahl in Hagen-Schwelm) richtet die Nord. Allg. Ztg. in ihrem wöchentlichen Sonnabendrückblick einen dringenden Appell an die Zentrumswähler und -Leitung, sich in Erinnerung an das Stimmenverhältnis bei der Wahl von 1903 die klare Einsicht in politische Notwendigkeiten nicht durch große Fehler und etwaige konfessionelle Voreingenommenheit in Altem-Jericho trüben zu lassen. Daß die freisinnige Volkspartei für das Zentrum gegenüber der revolutionären Sozialdemokratie das kleinere Übel sei, dürfte nicht zweifelhaft sein. Die jahrzehntelange Wahlstatistik des Zentrums sei hierfür ein untrüglicher Beweis. In der Politik aber sei es niemals gut, momentanen Gefühlsempfinden nachzugeben, ohne auf die Stimme kühl abwägender Vernunft zu hören. — Der Zentrumsabgeordnete Fusaengel veröffentlicht in der 'Wendischen Volkszeitung' unter der Überschrift 'Die Rache' eine Aufforderung an die nationalliberale Partei des Wahlkreises: Diese möge den als 'Kulturkämpfer' bekannten Prof. Dr. Rodenhauer zurücktreten lassen und einen Mann von der Richtung des Abgeordneten Wasserfmann oder, wenn möglich, diesen selbst als Kandidaten aufstellen. Das Zentrum würde in diesem Falle seine 6000 Stimmen schon im ersten Wahlgang auf den nationalliberalen Kandidaten vereinigen, sobald der freisinnige Kandidat aus der Stichwahl ausgeschaltet werde; das Zentrum würde dann seine eigene Kandidatur zurückziehen. Sollte die nationalliberale Partei diesen Vorschlag nicht annehmen, so sei mit einem Siege der Sozialdemokraten, als mit einer unabwendbaren Gefahr zu rechnen. Für die Freisinnigen würde das Zentrum keine einzige Stimme übrig haben.

Kirche, Schule und Mission.

(Am Grabe Gustav Knats), des einstigen Pastors der Bethlehemskirche in Berlin, dessen 100. Geburtstag am Donnerstag begangen wurde, fand eine von vielen Freunden des Entschlafenen besuchte Gedenkfeier auf dem Bethlehemsfriedhofe am Blücherplatz zu Berlin statt. Das Grab war — wie auch die einiger anderer Mitglieder der Familie Knat — reich geschmückt. Pastor Dr. Preuß von der Himmelfahrtskirche, ein

Enkel Knats, verlas Worte der tröstlichen Schrift. Zwischen den einzelnen Verlesungen sang die Versammlung Lieder von Knat. Seiner Gedächtnisrede legte Dr. Preuß eines der Lieblingsworte Knats zugrunde: Luk 15, 2: „Dieser nimmt die Sünder an!“ und teilte auch einige noch wenig bekannte Dichtungen des Entschlafenen mit. Zum Schluß sang die Gedächtnisgemeinde aus dem Liede von Knat: „Ist mich gehen“ den letzten Vers: „Paradies, wie ist deine Frucht so süß!“ Die Bethlehems-Gemeinde hatte ihrem früheren Seelsorger einen prächtigen Kranz mit Widmung auf seine Ruhestätte gelegt.

Die neuen Satzungen für das Gewerbegericht.

Stehen gleichfalls auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Bielefelder Stadtverordneten am 18. d. Mts. Wir entnehmen ihnen folgende wichtigste Bestimmungen:

§ 12. **Wahlprüfung.** Das Gewerbegericht bestimmt, aus wieviel Personen der Wahlausschuß zu bestehen hat. Vorsitzender des Wahlausschusses ist der Vorsitzende des Gewerbegerichts. Die übrigen Mitglieder des Wahlausschusses müssen zur Hälfte stimmberechtigte Arbeitgeber, zur Hälfte stimmberechtigte Arbeiter sein und werden je zur Hälfte von den als Mitglieder des Gewerbegerichts tätigen Arbeitgebern und Arbeitern in geheimer Wahl oder durch Zuzug gewählt.

§ 13. **Wahlort und Wahltermin.** Tag, Ort und Stunden der Wahlen bestimmt der Vorsitzende des Gewerbegerichts; sie sind unter Mitwirkung der für die Wahlprüfung und Wahlprüfungsgeschäft vorgeschriebenen Bedingungen mindestens sechs Wochen vor der Wahl in den zu amtlichen Angelegenheiten der Stadtbehörden bestimmten Blättern zweimal bekannt zu machen. In der Anzeige sind zugleich die Wahlberechtigten zur Einreichung von Wahlvorschlagslisten mit dem Hinweis aufzufordern, daß die Stimmabgabe bei den Wahlen auf die in diesen Listen vorgeschlagenen wählbaren Personen beschränkt sein werde. Die Vorschlagslisten, welche für Arbeitgeber und Arbeiter getrennt aufzustellen sind und höchstens soviel Namen enthalten dürfen, als Bewerber von jedem der beiden Wahlkörper zu wählen sind, müssen unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters von mindestens zwanzig Wählern des betreffenden Wahlkörpers unterzeichnet und spätestens drei Wochen vor der Wahl eingereicht sein. Hat ein Bewerber mehrere Vorschlagslisten unterzeichnet, so ist keine Unterzeichnung auf allen Vorschlagslisten zu streichen; den Vertretern dieser Vorschlagslisten ist, wenn nötig, die Vorfassung anderer Listen anstelle der gestrichenen aufzugeben. Personen, die auf mehreren Listen vorgeschlagen sind, werden zu einer Erklärung darüber aufgefordert, welcher Liste sie zugeteilt zu werden wünschen. Erfolgt hierauf nicht innerhalb drei Tagen eine ausreichende Erklärung, so werden sie derjenigen Liste zugerechnet, auf der sie an oberster Stelle vorgeschlagen sind. Stehen sie auf sämtlichen Listen an gleicher Stelle, so sind sie der Liste zugerechnet, die zuerst zur Vorlage kam. Sind die Listen am gleichen Tage eingegangen, so entscheidet das Los. Die Wahlvorschlagslisten werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsnummern versehen und mit diesen und den Namen der drei ersten Unterzeichneten spätestens 14 Tage vor der Wahl in den vorbestimmten Blättern öffentlich bekannt gegeben.

§ 14. **Wahlhandlung.** Die Wahlhandlung ist öffentlich und findet während der Stunden von vormittags 8 bis nachmittags 2 Uhr oder von mittags 12 bis abends 8 Uhr statt. Die Wahlzeit für Arbeitgeberbewerber kann bis auf zwei Stunden eingeschränkt werden.

§ 15. Der Wahlausschuß nimmt die Geschäft des Wahlvorstandes wahr. Die zur Stimmabgabe sich meldenden Personen haben sich vor dem Wahlvorstande auf Befehl des Vorsitzenden zu stellen und ihre Wahlberechtigung auszuweisen. Hierzu genügt für Arbeitgeber beispielsweise die Bescheinigung über die nach § 14 der Gewerbeordnung erfolgte Anmeldung des Betriebes oder die letzte Quittung über die Zahlung der Gewerbesteuer, für Arbeiter ein Zeugnis des Arbeitgebers oder der Polizeibehörde. Die Anerkennung anderer Ausweise bleibt dem Ermessen des Wahlvorstandes überlassen. Die erschienenen Wähler haben dem Wahlausschuß außer den in Wahl 1 aufgeführten Belegen einen Zettel zu übergeben, in welchem einzutragen ist: In der ersten Spalte die fortlaufende Nummer der erschienenen Wähler, in der zweiten

deren Vor- und Zunamen, in der dritten deren Berufsart, in der vierten deren Wohnung. Am Wohnort, in der fünften die Beschäftigungskategorie des Arbeiters, in der sechsten deren Alter und Staatsangehörigkeit. Bei den Arbeitern ist in der fünften Spalte auch der Arbeitgeber vorzutragen. Die Formulare für diese Zettel werden vom Magistrat vom Tage der Bekanntmachung der Wahl an unentgeltlich abgegeben. Die Richtigkeit der Angaben kann auf dem Zettel durch den Arbeitgeber bestätigt werden; hierdurch wird das im Absatz 1 vorgeschriebene Zeugnis des Arbeitgebers ersetzt. Die erste Rubrik dieses Zettels wird bei Ausübung des Wahlrechts von einem Mitgliede des Wahlausschusses ausgefüllt, indem daselbst nach der Reihenfolge der erschienenen Wähler die Rubrik mit fortlaufenden Nummern versehen. Diese fortlaufenden Zettel bilden einen Bestandteil der Wahllisten.

§ 16. **Stimmabgabe.** Das Wahlrecht kann nur in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt werden. Die Stimmzettel dürfen keine äußeren Kennzeichen haben, auch nicht unterzeichnet sein oder einen Protest oder Vorbehalt enthalten. Sie sind außerhalb des Wahlschloßes handschriftlich oder im Wege der Bevollmächtigung mit der deutlichen Bezeichnung so vieler in den Wahlvorschlagslisten enthaltenen Personen zu versehen, als für eine Vorschlagsliste zugelassen sind, und derart zusammenzufügen, daß die darauf enthaltenen Namen verdeckt sind. Die Namen können beliebigen Listen entnommen werden. Entfällt ein Stimmzettel mehrer Namen, als für eine Vorschlagsliste zugelassen sind, so gelten die zuletzt eingezeichneten Namen als nicht geschrieben. Entfällt ein weniger Namen, als für eine Vorschlagsliste zugelassen sind, so wird er in der Weise ergänzt, daß die auf ihm geschriebenen Namen in der ihnen gegebenen Reihenfolge, so weit und so oft es zur Ausfüllung erforderlich ist, wiederholt werden. Auch darf ein Wähler, der auf seinem Stimmzettel weniger Namen hat, als für eine Vorschlagsliste zugelassen sind, sein Stimmrecht dadurch voll ausüben, daß er auf dem Stimmzettel einzelnen der von ihm Gewählten durch Bezeichnung von Zahlen hinter ihren Namen mehrere Stimmen gibt. Zur Aufnahme der Stimmzettel sind für beide Wahlkörper getrennte Kabinette aufzustellen, in welche die zur Abgabe der Stimmen Zugelassenen ihre Stimmzettel verdeckt durch die Hand des Wahlvorstehers einlegen.

§ 17. **Ermittlung des Wahlergebnisses.** Der Wahlausschuß ermittelt zunächst die Zahl der auf jeden Kandidaten entfallenen gültigen Stimmen und stellt danach — durch Zusammenzählung dieser Stimmen — fest, welche Zahl gültiger Stimmen auf je der eingereichten Wahlvorschlagsliste gefallen ist. Innerhalb jeder Liste werden die Kandidaten nach Maßgabe der erhaltenen Stimmzahl geordnet, bei gleicher Stimmzahl entscheidet die Reihenfolge, in welcher die Kandidaten bei Einreichung der Liste vorgeschlagen sind. Es wird nunmehr die Zahl der von jedem der Wahlkörper zu wählenden Bewerber auf die einzelnen Listen nach dem Verhältnis ihrer Stimmabgaben verteilt. Zu diesem Zweck wird festgestellt, auf welche Stimmzahl je ein Bewerber entfällt. Diese Zahl (Wertzahl) ist grundlegend für die Verteilung der Stimmen. In der Stimmabgabe der einzelnen Listen — unter Beachtung der bei der Verteilung verbleibenden Restzahlen — insgesamt so oft enthalten ist, als die Zahl der zu wählenden Bewerber beträgt. Von jeder Wahlvorschlagsliste sind also dann so viele Kandidaten zu Weisern erwählt, als die Verteilungszahl in der Stimmzahl ihrer Listen enthalten ist. Die Namen der Gewählten ergeben sich aus der für jede Liste festgestellten Reihenfolge. Sollten hiernach auf einer Liste mehr Bewerber ausgewiesen sein, als auf ihr Kandidaten vorgeschlagen sind, so sind alle Kandidaten der Liste gewählt. Soweit die Weisungen nicht von dieser einen in Anspruch genommen sind, sind sie unter die übrigen Listen noch einmal zu verteilen. Sollten bei der Verteilung auf die Listen zwei oder mehrere Listen auf die letzte der zu bestimmenden Bewerber gleiches Anrecht haben, so wird diese Bewerberliste derjenigen Liste zugewiesen, deren Kandidat die größte Stimmzahl aufweist. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los.

§ 18. **Ermittlung des Wahlergebnisses.** Der Wahlausschuß ermittelt zunächst die Zahl der auf jeden Kandidaten entfallenen gültigen Stimmen und stellt danach — durch Zusammenzählung dieser Stimmen — fest, welche Zahl gültiger Stimmen auf je der eingereichten Wahlvorschlagsliste gefallen ist. Innerhalb jeder Liste werden die Kandidaten nach Maßgabe der erhaltenen Stimmzahl geordnet, bei gleicher Stimmzahl entscheidet die Reihenfolge, in welcher die Kandidaten bei Einreichung der Liste vorgeschlagen sind. Es wird nunmehr die Zahl der von jedem der Wahlkörper zu wählenden Bewerber auf die einzelnen Listen nach dem Verhältnis ihrer Stimmabgaben verteilt. Zu diesem Zweck wird festgestellt, auf welche Stimmzahl je ein Bewerber entfällt. Diese Zahl (Wertzahl) ist grundlegend für die Verteilung der Stimmen. In der Stimmabgabe der einzelnen Listen — unter Beachtung der bei der Verteilung verbleibenden Restzahlen — insgesamt so oft enthalten ist, als die Zahl der zu wählenden Bewerber beträgt. Von jeder Wahlvorschlagsliste sind also dann so viele Kandidaten zu Weisern erwählt, als die Verteilungszahl in der Stimmzahl ihrer Listen enthalten ist. Die Namen der Gewählten ergeben sich aus der für jede Liste festgestellten Reihenfolge. Sollten hiernach auf einer Liste mehr Bewerber ausgewiesen sein, als auf ihr Kandidaten vorgeschlagen sind, so sind alle Kandidaten der Liste gewählt. Soweit die Weisungen nicht von dieser einen in Anspruch genommen sind, sind sie unter die übrigen Listen noch einmal zu verteilen. Sollten bei der Verteilung auf die Listen zwei oder mehrere Listen auf die letzte der zu bestimmenden Bewerber gleiches Anrecht haben, so wird diese Bewerberliste derjenigen Liste zugewiesen, deren Kandidat die größte Stimmzahl aufweist. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los.

§ 19. **Ermittlung des Wahlergebnisses.** Der Wahlausschuß ermittelt zunächst die Zahl der auf jeden Kandidaten entfallenen gültigen Stimmen und stellt danach — durch Zusammenzählung dieser Stimmen — fest, welche Zahl gültiger Stimmen auf je der eingereichten Wahlvorschlagsliste gefallen ist. Innerhalb jeder Liste werden die Kandidaten nach Maßgabe der erhaltenen Stimmzahl geordnet, bei gleicher Stimmzahl entscheidet die Reihenfolge, in welcher die Kandidaten bei Einreichung der Liste vorgeschlagen sind. Es wird nunmehr die Zahl der von jedem der Wahlkörper zu wählenden Bewerber auf die einzelnen Listen nach dem Verhältnis ihrer Stimmabgaben verteilt. Zu diesem Zweck wird festgestellt, auf welche Stimmzahl je ein Bewerber entfällt. Diese Zahl (Wertzahl) ist grundlegend für die Verteilung der Stimmen. In der Stimmabgabe der einzelnen Listen — unter Beachtung der bei der Verteilung verbleibenden Restzahlen — insgesamt so oft enthalten ist, als die Zahl der zu wählenden Bewerber beträgt. Von jeder Wahlvorschlagsliste sind also dann so viele Kandidaten zu Weisern erwählt, als die Verteilungszahl in der Stimmzahl ihrer Listen enthalten ist. Die Namen der Gewählten ergeben sich aus der für jede Liste festgestellten Reihenfolge. Sollten hiernach auf einer Liste mehr Bewerber ausgewiesen sein, als auf ihr Kandidaten vorgeschlagen sind, so sind alle Kandidaten der Liste gewählt. Soweit die Weisungen nicht von dieser einen in Anspruch genommen sind, sind sie unter die übrigen Listen noch einmal zu verteilen. Sollten bei der Verteilung auf die Listen zwei oder mehrere Listen auf die letzte der zu bestimmenden Bewerber gleiches Anrecht haben, so wird diese Bewerberliste derjenigen Liste zugewiesen, deren Kandidat die größte Stimmzahl aufweist. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los.

§ 20. **Ermittlung des Wahlergebnisses.** Der Wahlausschuß ermittelt zunächst die Zahl der auf jeden Kandidaten entfallenen gültigen Stimmen und stellt danach — durch Zusammenzählung dieser Stimmen — fest, welche Zahl gültiger Stimmen auf je der eingereichten Wahlvorschlagsliste gefallen ist. Innerhalb jeder Liste werden die Kandidaten nach Maßgabe der erhaltenen Stimmzahl geordnet, bei gleicher Stimmzahl entscheidet die Reihenfolge, in welcher die Kandidaten bei Einreichung der Liste vorgeschlagen sind. Es wird nunmehr die Zahl der von jedem der Wahlkörper zu wählenden Bewerber auf die einzelnen Listen nach dem Verhältnis ihrer Stimmabgaben verteilt. Zu diesem Zweck wird festgestellt, auf welche Stimmzahl je ein Bewerber entfällt. Diese Zahl (Wertzahl) ist grundlegend für die Verteilung der Stimmen. In der Stimmabgabe der einzelnen Listen — unter Beachtung der bei der Verteilung verbleibenden Restzahlen — insgesamt so oft enthalten ist, als die Zahl der zu wählenden Bewerber beträgt. Von jeder Wahlvorschlagsliste sind also dann so viele Kandidaten zu Weisern erwählt, als die Verteilungszahl in der Stimmzahl ihrer Listen enthalten ist. Die Namen der Gewählten ergeben sich aus der für jede Liste festgestellten Reihenfolge. Sollten hiernach auf einer Liste mehr Bewerber ausgewiesen sein, als auf ihr Kandidaten vorgeschlagen sind, so sind alle Kandidaten der Liste gewählt. Soweit die Weisungen nicht von dieser einen in Anspruch genommen sind, sind sie unter die übrigen Listen noch einmal zu verteilen. Sollten bei der Verteilung auf die Listen zwei oder mehrere Listen auf die letzte der zu bestimmenden Bewerber gleiches Anrecht haben, so wird diese Bewerberliste derjenigen Liste zugewiesen, deren Kandidat die größte Stimmzahl aufweist. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los.

Politisches und Provinzielles.

Bielefeld, 17. Juli. (Widerruf.) Die uns gestern von sonst unanfechtbarer Stelle zugewandene, auch von einem anderen hiesigen Blatt gebrachte Nachricht, daß der Hotelier Vandenheide im R. A. Lenkhauser Selbstmord geübt habe, bestätigt sich nicht und wird deshalb von

Lente vom Pommerland.

Roman von Käthe Lubomski.
[Nachdruck verboten.]

(Schluß statt Fortsetzung.)
Graf Jürgen hatte sich endlich soweit wieder erholt, um den Brief von Hans Heinrich weiter lesen zu können.

„Ich mußte hierher gehen, sonst hätte ich zu Dir kommen müssen, um Dich zu töten. So sehr habe ich Dich gehaßt. Weißt Du, warum? Warum wolltest Du nicht der Einsame bleiben? Die Gewalt der Sinne, die Dir fremd ist, Jürgen, glaub es mir, daraus kam alles. Zuerst das Fieber nach ihr, zu dessen Kühlung ich mein Wort brach. Ja, darum, denn nur im Spiel und in sinnloser Trunkenheit konnte ich vergessen, daß sie an Dich dachte, während sie in meinen Armen liegen mußte. Sie mußte es. Hast Du das nicht gewußt? Die Pistole habe ich herausgerissen und ihr gedroht: „sobald Du Dich gegen mich wehrst, bin ich ein toter Mann.“ Davor hat sie Angst gehabt, damit zwang ich sie. So schlecht war ich damals schon.“

Sie hat geheißt, ich würde bald zur Einsicht kommen und sie freigeben. Ich

hat es nicht. Ich ließ sie weiter schleppen, was ich ihr anspähte. Sie brach fast unter der Last zusammen, aber sie wagte keinen Versuch, sich von mir zu lösen. Sie wollte Dir den einzigen Bruder nicht rauben. So lieb hat sie Dich.

Und ich, ich hatte sie auch lieb. Anders zwar, toller, nicht weniger. Auch heute noch, wo mich doch kein christlicher Mann mehr aus seiner Schüssel essen lassen würde.

Vielleicht hätte sich der Rest der Menschlichkeit doch in mir geregt. Vielleicht hätte ich sie freigelassen. Da kam Tante Bertas Brief. Schwarz auf weiß sah es mir entgegen, was ich längst ahnte: „Marianne liebt Deinen Bruder, wie er sie liebt, und Du — sei so gut und geh ihnen aus dem Wege, wenn Du kein Schuft bist.“ Ich war aber ein Schuft. Ich wollte, daß Du noch ärmer werden solltest, als Du es durch mich schon geworden warst. Damit Du es nicht mehr wagen konntest, die Hand nach ihr auszustrecken. Darum fälschte ich in aller Eile noch Deine Unterschrift auf dem Wechsel, darum befohl ich auch noch den Grafen Wigleben.

Das erste, das Geld für die Versicherung,

habe ich nicht wissentlich unterschlagen. Das schwöre ich Dir heute an der Pforte des Todes. Ein Vergessen war's, ein Schwachwerden hinterher. So kam's. Hier habe ich wieder gespielt. Tag und Nacht. Und denke Dir, ich habe gewonnen, immer auf Courdame. Ist das nicht wie Wahnsinn? 25 000 Mark in 32 Tagen. Das gibt pro 24 Stunden einen anständigen Arbeitslohn. Sieh Dir die einliegenden sechs Quittungen genau an. Sie sind sämtlich echt. Der Wechsel, Wigleben und die kleinen Leute sind bezahlt. Den Rest hat eine Strazbirne bekommen, die mich geküßt hat, weil ich geweint habe.

Ich hasse Dich jetzt nicht mehr, ich bitte Dir alles, alles ab. Nimm Dir Dein Glück. Und laß sie diesen Brief lesen. Ich habe keine Kraft mehr, noch einen zu schreiben.

Wenn Du diese Listen erhältst, werde ich nicht mehr sein.“

Wie lange Jürgen allein gewesen ist, das weiß er nicht. Als er endlich den Kopf erhebt, liegt die Dämmerung in den Zimmern. Nur die Quittungen liegen gespenstisch auf dem Fußboden umher. Er sammelt sie auf und verschluckt sie. Dann reckt er den

Brief zu sich und nimmt den Hut vom Tische. Langsam geht er hinaus, den Weg entlang, der nach Buchenwalde führt. Und wieder ist er Marianne gegenüber. Er sagt ihr nichts von dem, was in ihm ist. Er steht sie nur voll unerbittlicher Liebe an und hält ihr dann den Brief entgegen.

Als sie den gelesen hat und die Arme sieht, die sich ihr in heißer Sehnsucht entgegenstrecken, legt sie ihr Haupt an seine Brust. Wie etwas Selbstverständliches.

Und er küßt sie.
Rein laut und kein Wort über ihre Liebe. Sie wissen nun beide, daß sie in ihnen gewesen ist und sich nach der Erfüllung bangte, solange sie sind. Fest und innig lehnen sie aneinander. Der Schlag ihrer Herzen jubelt. Ihre Augen sind zwar noch tränenfeucht. Aber sie werden das Lachen wieder lernen.

Die Dämmerung wird grauer, die Schatten länger. Wie dunkle, weiße Hände liegt es über ihrem Glück. Sie brauchen auch kein Licht. Den Weg finden sie auch im Dunkeln. Hand in Hand, Herz an Herz. Und wenn sie einmal auf dem Wege rasten und hinter sich schauen, werden sie eine helle, strahlende Wägenstille hören, die zuversichtlich

uns mit dem A widerrufen.

§ (Städtisch) Professor Dr. T. H. Pfleger der eigentlichen, das Amt als langjährigster räte hat Herr Stad die Verwaltung der lung hat der Sygraff übernommen. (Der Verba Sanitätskolonien Minden wird am 1. stift abhalten, an den Bielefeld, Bände, Baenger, Gütersloh, B. Minden und Paderbo soll eine Uebung im stattfinden und die bewirkt werden. Hier Beitrag von 300 Mk.

§ (Der Magi schlossen, das Rarhische) Grundstück um Markt für Zweite der Bildungsschule vorber der Stadtverordneten

§ (Für die La bildungs[schule] schlossen eine dritte 1. Oktober zu bilden fand gewählt der Hüll kaufmännischen Fortschardt und der Hamb aus Tübingen.

§ (Der Postb Greis) ist zum 1. des vom gleichen Bielefeld versee waltung des Kaiserlich betraut worden.

(Bevölkerungs Ende Mai 1906 72 gezogen im Juni 190 Juni 1906 171. wohner. Bezogen Sterbefälle im Juni Bevölkerung Ende zu wohner.

(Die Generalv Vereins) deutsch (Bauingenieur, Dent) Tagen vom 21. bis in M. denburg statt und Provinzialvereine Delegierten. Neben über Staatsangelegen richtungen zu werden strationen unter gute auf dem Gebiete der vorragenden Fachleute gehalten. Ueber all Fragen werden wir sp

m. (Gefühlten) hierseits von einem unter der Angabe. Be in Stellung zu sein, hatte, aus einem ver 21 Mark, ferner dem hier aus einem unwe Hühner im Werte von kleinere Rindern im m. (Ver misst) wi der bisher hier Detmo hat gewisse passioi Franz Bösch.

m. (Gefunden) n Fahrräder. m. (Gefühlten) Markte, Westfalen 180 Mark

Aus den Kreisen Mi

Minden, 17. Ju netentag des West verbandes) In Stadt trafen Sonnabend geordneten aus allen ein. Als alle im 2 waren, eröffnete Major Münster, der in Bertr Vorsitzenden Oberleut Dortmund, der Bielef Hoch auf den Kaiser, gungst. leg. am abgefa Präsident Dr. Krusef Abgeordneten, die Be verbandes gerade für W. Erster Bürgermeister Minden hieß alle namer willkommen, die ihrer reichen Schmuck Ausdr Nach Sitzung des W

pricht: „Schwer ist's schiffen so!“

Das ist Trude Bach Runjes Land ihnen la über ihnen und um sie des Baters aus der ihre Serie von dem Lebens sammeln und den

